

trittsverhandlungen noch nicht erfolgreich abgeschlossen werden konnten. (XNA, 12.9.00; NZZ, 13.9.00)

In Genf wurden die Feiern hingegen von den Protesten exiltibetischer Organisationen und ihrer Unterstützer gestört. Die Straßenblockade der Protestierenden behinderte den Zugang zum Festakt. Davon betroffen waren auch der chinesische Botschafter und der Repräsentant der VR China bei den Vereinten Nationen. Besonders verärgert zeigte sich die chinesische Seite über den allzu zögerlichen Einsatz der schweizerischen Polizeikräfte und bezeichnete den Zwischenfall als schädlich für die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern. (XNA, 22.9.00) -kg-

13 Biotech und nationale Sonderwege - Li Peng in Island

Die Stärkung der Kooperation zwischen den gesetzgebenden Versammlungen beider Länder standen ebenso im Mittelpunkt des viertägigen Besuchs Li Pengs in Island wie die wirtschaftliche Kooperation zwischen beiden Ländern. In Gesprächen mit Präsident Grimsson, Premierminister Oddsson und dem stellvertretenden Parlamentspräsidenten Stefansson war die sino-isländische Zusammenarbeit in der Fischerei und im Schiffsbau ein wichtiges Thema. (XNA, 5.9.00; Xinhua, 4.9.00, nach SWB, 6.9.00) Besonderes Interesse zeigte Li jedoch für die kommerzielle genetische Forschung in Island, da China die sog. *Life Sciences* für außerordentlich wichtig im Zusammenhang mit dem nationalen und gesellschaftlichen Fortschritt erachte und es daher gelte, entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen zu verbessern und auch erst noch zu schaffen. (ZXS, 4.9.00, nach SWB, 7.9.00)

Beeindruckt und bestätigt in der Haltung, den Entwicklungsprozess und den politischen und sozialen Weg der VR China „unter besonderer Berücksichtigung der nationalen Besonderheiten“ ohne Einmischung Dritter zu bestimmen, sah sich Li angesichts des eigenständigen, an die spezifischen Bedingungen des Landes angepassten, isländischen Modells der wirtschaftlichen Entwicklung. (XNA, 4.9.00) -kg-

Innenpolitik

14 Zukünftige Personalunion von KP-Generalsekretär und Vorsitzendem des NVK?

Laut Hongkonger Meldungen hat Staatspräsident Jiang Zemin in parteiinternen Kreisen vorgeschlagen, künftig die Ämter des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Chinas und des Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses (NVK) in einer Person zu vereinigen. Der Vorschlag kann als taktischer Versuch gedeutet werden, einen Ausweg aus den anhaltenden Konflikten um die Nachfolge der gegenwärtigen dritten Führungsgeneration zu finden.

Jiang Zemin soll informierten Beijinger Quellen zufolge zwar einerseits vor einer übermäßigen Konzentration hoher Führungsämter gewarnt haben; andererseits aber soll er empfohlen haben, die Frage einer Personalunion zwischen den höchsten Ämtern der Partei und des NVK auf der bevorstehenden 5. Plenartagung des XV. Zentralkomitees der Partei zu diskutieren. Seinen Vorschlag soll Jiang Zemin damit begründet haben, dass Personalunionen zwischen Parteisekretären und Vorsitzenden der Volkskongresse auf den darunter liegenden administrativen Ebenen bereits in über zwanzig Provinzen und größeren Städten verwirklicht seien (vgl. entsprechende Angaben zu den Provinzfürhungen in den *China Monthly Data* im hinteren Teil dieses Heftes). Eine Ausweitung dieses Prinzips auf die höchste Führungsebene würde die politischen Entscheidungsprozesse erleichtern, da die Parteizentrale bei politischen Initiativen auf eine breitere Unterstützung in den Volkskongressen hoffen könnte. Wie Berater von Jiang Zemin erläutert haben sollen, sei so insbesondere mit geringerem Widerstand der Volkskongresse bei der Besetzung von Führungspositionen zu rechnen; „peinliche Situationen“ wie in der Vergangenheit, als von den Parteiautoritäten vorgeschlagene Kandidaten im NVK auf eine Ablehnung von bis zu 30% der Ab-

geordneten gestoßen seien, könnten so in Zukunft vermieden werden (SCMP, 20.9.2000).

Aus dem Blickwinkel liberaler Demokratie mag diese Begründung, die ein kontroverses Abstimmungsverhalten im Parlament als „störend“ und „peinlich“ bewertet, merkwürdig anmuten. In dem in China nach wie vor praktizierten System des demokratischen Zentralismus dagegen, das den Sinn und die Existenzberechtigung einer parlamentarischen Opposition von sich weist, erscheint das Streben nach einem „einheitlichen“ Verhalten des Organs der Volksvertretung als durchaus folgerichtig. Allerdings stößt die mangelnde Sensibilität der Argumentation auf, die das alte negative Image des NVK als reinem „rubber stamp“-Organ zu bestätigen scheint und damit optimistische Prognosen einer „schrittweisen Parlamentarisierung“ des NVK Lügen straft, wie sie in der jüngeren Vergangenheit wiederholt auch am selbstbewussteren Abstimmungsverhalten der Abgeordneten festgemacht worden sind.

Jiang Zemin, der bisher die Ämter des Generalsekretärs der Partei, des Staatspräsidenten und des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission auf sich vereinigt, mag mit diesem Vorschlag aber auch ein konkretes personelles Ziel verfolgen. Wie Hongkonger Kommentatoren vermuten, könnte sich dahinter ein taktisches Manöver im Konflikt zwischen dem stellvertretenden Staatspräsidenten Hu Jintao und dem Leiter der Organisationsabteilung des ZK der Partei Zeng Qinghong um die Nachfolge Jiang Zemin im einflussreichen Amt des KP-Generalsekretärs verbergen. So deute sich in seinen ambivalenten Äußerungen gegen eine übermäßige Konzentration von Führungsämtern und für eine Personalunion zwischen den höchsten Ämtern in Partei und NVK eine mögliche Entkopplung der gegenwärtig praktizierten Personalunion zwischen dem Amt des Staatspräsidenten und dem des KP-Generalsekretärs an. Praktisch könnte dies die Grundlage bilden, um den bisher für die Nachfolge in den beiden letztgenannten Ämtern mehrheitlich favorisierten Hu Jintao mit dem Amt des Staatspräsidenten „abzuspeisen“ und auf das politisch einflussreichere Amt des KP-Generalsekretärs stattdessen den an-

geblich von Jiang persönlich bevorzugten Zeng Qinghong zu befördern, der damit zugleich auch den Vorsitz im NVK übernehmen würde (ebd.; vgl. C.a., 2000/2, Ü 12, 2000/5, Ü 11).

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass es sich bei der hier skizzierten personalpolitischen „Finte“ Jiang Zemins um ein rein spekulatives Konstrukt der Hongkonger Medien handelt. Da diese mit ihren „Spekulationen“ aber erfahrungsgemäß mindestens eben so oft richtig wie falsch liegen, mag es sich hier durchaus auch um eine gut informierte Deutung handeln. Plausibilität erhält die Deutung zum einen dadurch, dass auch in der Vergangenheit bei der Übergabe der höchsten Ämter im Partei-, Regierungs- und Militärapparat durch die Abschaffung, Kopplung bzw. Entkopplung einzelner Ämter wiederholt Anpassungen vorgenommen worden sind; zum anderen dadurch, dass im parteiinternen Diskurs der Fortbestand der KPCh zunehmend von einer Verbesserung der ideologischen Disziplin und Einheit abhängig gemacht wird, und damit von Bereichen, in denen Zeng Qinghong allgemein ein besserer Durchgriff zugeschrieben wird (vgl. ZM, 2000/9, S.6-14).

Die ursprünglich für die letzte Septemberwoche anberaumte 5. Plenartagung des XV. Zentralkomitees wurde inzwischen auf den 9. bis 11. Oktober verschoben. Tatsächlich mag, wie ebenfalls Hongkonger Quellen mutmaßen, der Grund für den Auschub in den personellen Konflikten liegen, die sich aus der Frage der Nachfolge in den Ämtern Jiang Zemins und Zhu Rongjis ab dem Jahr 2002 ergeben und auf deren Klärung das chinesische wie das internationale Publikum gebannt warten (SCMP, 30.9.2000). -hol-

15 Strafverfahren im Xiamener Schmuggelskandal eröffnet

Im September wurde in fünf Städten der Provinz Fujian das Strafverfahren im Schmuggelfall von Xiamen (Provinz Fujian) eröffnet, der im Januar dieses Jahres öffentlich bekannt wurde. In den als größten Schmuggelskandal in der Geschichte der VR China bezeichneten Fall, dessen Schadenssumme auf über 100 Mrd. Yuan beziffert wird, sind zahlreiche hochrangige

Vertreter aus Partei-, Regierungs- und Militärkreisen verwickelt (vgl. C.a., 2000/1, Ü 7, 2000/2, Ü 13, 2000/7, S.769-784).

Angeblich war der Beginn des Verfahrens mehrere Male verschoben worden, zuletzt wegen einer internationalen Messe in der Stadt Xiamen. Am 13. September schließlich wurde in fünf Gerichten in der Provinzhauptstadt Fuzhou sowie in den Städten Xiamen, Quanzhou, Putian und Zhangzhou die erste Runde von Strafverfahren gegen knapp einhundert Personen eröffnet, die in den Fall involviert sein sollen. Die Prozesse stehen unter der Aufsicht des Obersten Volksgerichtshofs und der Obersten Staatsanwaltschaft, die jeweils Spezialeinheiten in die Provinz Fujian entsandt haben sollen. Die Urteile aus dieser ersten Runde werden für Mitte Oktober erwartet; eine zweite Runde von Strafverfahren soll dann im November beginnen. Unter den Angeklagten sind mehrere hochrangige Funktionäre, unter anderen ein stellvertretender Minister für öffentliche Sicherheit, ein früherer stellvertretender Direktor der Abteilung für öffentliche Sicherheit in der Provinzregierung von Fujian, ein ehemaliger stellvertretender Bürgermeister und ein stellvertretender Sekretär des Parteikomitees der Stadt Xiamen, der ehemalige Direktor der Zollverwaltung von Xiamen und sein Vertreter. Angeklagt sind ferner mehrere Verwandte von Lai Changxin, dem Eigentümer des Yuanhua-Unternehmenskonglomerats, das im Zentrum des Schmuggelskandals steht, allerdings bisher nicht Lai Changxin selbst, obwohl dieser nach seiner Flucht ins Ausland inzwischen von chinesischen Sicherheitsbehörden festgesetzt worden ist. Nach informierten Hongkonger Quellen haben mindestens vier, nach alternativen Mutmaßungen sogar zehn Personen mit der Todesstrafe zu rechnen (*Sing Tao Jih Pao*, 4., 16.8.2000, nach SWB, 7., 17.8.2000; SCMP, 5.8., 21.9.2000; *Ming Pao*, 14., 16.9.2000, nach SWB, 16., 21.9.2000; XNA, 15.9.2000; *Wen Wei Po*, 19.9.2000, nach SWB, 21.9.2000; *Ta Kung Pao*, 21.9.2000, nach SWB, 22.9.2000; Associated Press, 12.9.2000; IHT, 14.9.2000; FAZ, 14.9.2000).

Die Medien wurden angeblich angewiesen, sich in ihrer Berichterstattung an die einheitlichen Vorgaben der Nachrichtenagentur Xinhua zu halten und ansonsten in der Reportage über den heiklen Korruptionsfall Zurückhaltung zu üben, um eine Gefährdung der gesellschaftlichen Stabilität zu vermeiden. Die offizielle Version lautet, dass die Untersuchungen im Yuanhua-Schmuggelskandal weitgehend abgeschlossen seien und nun auf die Ergebnisse des laufenden Strafverfahrens zu warten sei (SCMP, 14.9.2000; *Sing Tao Jih Pao*, 8.9.2000, nach SWB, 12.9.2000).

Die kritische Hongkonger Presse hat wiederholt moniert, dass die höchstrangigen in den Fall verwickelten Funktionäre nicht mit einer gerichtlichen Verfolgung zu rechnen hätten. So hat etwa die *Hong Kong iMail* bereits Anfang August gemeldet, dass von Regierungsseite aus angekündigt worden sei, Funktionäre mit einem Rang oberhalb der Vizeminister- bzw. Vizeprovinzgouverneurs-Ebene würden von einer strafrechtlichen Verfolgung verschont bleiben (Hong Kong iMail Web site, 5.8.2000). Offenbar in Reaktion auf diese Kritik sahen sich die offiziellen Medien während des inzwischen eröffneten Strafverfahrens schließlich doch veranlasst, einige wenige Details aus den Prozessen gegen hochrangige Funktionäre bekanntzugeben, so etwa über Li Jizhou, den ehemaligen Vizeminister für öffentliche Sicherheit (XNA, 15.9.2000). Tatsächlich befindet sich unter den offiziell Erwähnten niemand mit einem Rang oberhalb der Vizeministerebene. Höherrangige staatliche Vertreter wie der ehemalige Minister für Öffentliche Sicherheit, Tao Siju, oder der ehemalige Direktor der Zollverwaltung, Qian Guanlin, wurden dagegen nur mit parteiinternen Disziplinierungsmaßnahmen bedacht (Hong Kong iMail Web site, 28.9.2000).

Ebenfalls laut Hongkonger Meldungen soll in Führungskreisen der Widerstand gegen die Verhängung von Todesstrafen gegen hochrangige Funktionäre wachsen. So soll ein Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros zu bedenken gegeben haben, dass die allzu strikte Aburteilung von Spitzenkadern die moralische Verfassung und den Zusammenhalt der Parteimitglieder insgesamt eher schwä-

che als Stärke. Die jüngste Häufung von Todesurteilen auf den obersten Führungsebenen, zuletzt gegen den ehemaligen Provinzgouverneur Cheng Kejie (vgl. C.a., 2000/8, Ü 8) stelle eine Verletzung der unter Mao Zedong eingeführten Regel dar, hohe Funktionäre von der Todesstrafe auszunehmen; selbst die Mitglieder der kulturevolutionären „Viererbande“ seien nicht zum Tode verurteilt worden (SCMP, 22.9.2000).

Unterdessen erschien in der Zeitung *Liberation Daily* ein Artikel, der sieben neue Trends in der Evolution korrupter Praktiken in China benannte. Danach sei inzwischen auch in kulturellen und sozialen Einrichtungen, die bisher als weitgehend „sauber“ betrachtet worden seien, zunehmend korruptes Verhalten festzustellen; öfter als früher würden die Direktoren von großen Staatsbetrieben bestechlicher Praktiken überführt; auch Frauen, insbesondere Gattinnen und Mätressen einflussreicher Funktionäre, würden vermehrt illegale Vermögen anhäufen; während früher vor allem die Altersgruppe der „Endfünfziger“ korruptes Verhalten an den Tag gelegt habe, habe sich dieses nun auch auf jüngere Altersgruppen ausgebreitet; die durch Korruption verursachten durchschnittlichen Schadenssummen seien deutlich angewachsen und die Praktiken hätten an Raffinesse zugenommen. Schließlich sei korruptes Fehlverhalten schwieriger aufzudecken als früher, weil es zunehmend im individuellen Alleingang geschehe (*Jiefang Ribao*, 30.8.2000, nach SWB, 13.9.2000).

Die hier beschriebenen Trends deuten nicht nur auf den endemischen Charakter der Korruption in China, sondern auch auf wachsende Bemühungen der zentralen Führung, ein Problem in den Griff zu bekommen, das als Bedrohung der Grundfesten der Parteiherrschaft verstanden wird. -hol-

16 Probleme bei Umsiedlungsmaßnahmen für Drei-Schluchten-Staudamm

Nachdem die erste Phase der Umsiedlung von bäuerlichen Haushalten im Einzugsgebiet des Drei-Schluchten-Staudamms begonnen hat, mehren sich Meldungen über Probleme bei der

Durchführung der Umsiedlungsmaßnahmen.

Nach offiziellen Plänen soll bis zum Ende des Jahres 2002 eine erste Gruppe von 70.000 Bauern aus dem Verwaltungsgebiet der regierungsunmittelbaren Stadt Chongqing umgesiedelt werden, die im direkten Staubereich (erste Staumarke) des Drei-Schluchten-Staudamms ansässig sind; dieser soll im Jahr 2003 fertig gestellt und daraufhin mit dem Stauen des Flusses begonnen werden. Bis zum Jahr 2009, wenn der endgültige Staupegel erreicht sein soll, wird die Umsiedlung von mindestens 1,5 Millionen Menschen nötig sein (XNA, 29.9.2000; SCMP, 29.9.2000).

In den vergangenen Monaten wurde mit der Umsiedlung der ersten Gruppe von Bauern begonnen, die in elf Provinzen (Jiangsu, Zhejiang, Anhui, Fujian, Jiangxi, Shandong, Hubei, Hunan, Guangdong Sichuan und Shanghai) eine neue Heimat finden sollen. Wie ein Lagebericht des stellvertretenden Ministerpräsidenten Wu Bangguo deutlich macht, bestehen in den Aufnahme-Regionen zum Teil große Vorbehalte gegen die Neuankömmlinge, die von der ansässigen Bevölkerung häufig als Menschen „zweiter Klasse“ behandelt werden. Zwar wurden offenbar solche Provinzen als Aufnahme-Regionen für die Migranten ausgewählt, die im Agrarbereich relativ gut gestellt sind; jedoch scheinen die Maßnahmen zur Ansiedlung der Migranten wie der Bau von neuen Wohnhäusern, Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie neuer Verkehrs- und Telekommunikations-Infrastruktur angesichts insgesamt knapper Ressourcen auch dort erheblichen sozialen Konfliktstoff zu bergen. Wu Bangguo mahnte an, den Migranten ebenso wie der Bevölkerung der aufnehmenden Gemeinden politische und ideologische Erziehung angedeihen zu lassen, um diese Vorbehalte zu reduzieren. So sollten die Betroffenen davon überzeugt werden, dass es sich bei dem Drei-Schluchten-Staudamm um ein Projekt von nationaler Bedeutung handle, das der Bevölkerung Opferbereitschaft abverlange; um des „Aufbaus des Landes“ willen solle man in guter Nachbarschaft miteinander leben. Um die reibungslose Umsiedlung der Bauern zu gewährleisten, müsse außerdem die administrative Koordi-

nation zwischen den Herkunfts- und den Empfängergemeinden verbessert werden. Schließlich, so Wu Bangguo, müsse dem Problem der Korruption und der Veruntreuung von Geldern im Zusammenhang des Staudamm-Projekts entschlossener begegnet werden (XNA, 19.9.2000).

Bei dem letztgenannten Aspekt scheint es sich um ein Problem von relativ schwerwiegendem Ausmaß zu handeln. Wie die schiere Größendimension des Staudamms selbst und der für dessen Verwirklichung aufzubringenden Finanzmittel erwarten lassen konnte, hat das Projekt zahlreiche ökonomische Begehrlichkeiten geweckt. Auf der Seite der von der Umsiedlung betroffenen Bauern soll etwa eine Verordnung, gemäß der in andere Provinzen umzusiedelnden Haushalten eine Entschädigung von 30.000 Yuan zusteht, mafiose Strukturen bei der Ausstellung von Umsiedlungslizenzen nach sich gezogen haben. Erheblichen Unmut haben aber vor allem eine Reihe korrupter Praktiken auf Seiten der in die Umsiedlungsmaßnahmen involvierten Lokalverwaltungen erzeugt. So sollen zahlreiche Funktionäre aus lokalen Partei- und Regierungsbehörden inflationäre Angaben über die Zahl der umzusiedelnden Personen, die von der Flutung betroffenen Landflächen und der für den Bau neuer Wohnhäuser und sonstiger Einrichtungen benötigten Finanzmittel gemacht haben, um die überschüssigen Gelder einzustreichen; auch soll ein beträchtlicher Anteil der von internationalen Organisationen bereitgestellten Gelder durch Funktionäre vor Ort veruntreut worden sein (SCMP, 29.9.2000).

Angesichts der verbreiteten Korruption im Zusammenhang des Staudamm-Projekts scheint der Widerstand der Bevölkerung zu wachsen; insbesondere mehren sich die Zeichen organisierten Widerstands von Seiten der betroffenen bäuerlichen Haushalte. So ist es in den vergangenen Monaten wiederholt zu Protesten gegen die Lokalregierungen gekommen; auch sollen mehrere Dutzend Petitionen an zentrale Instanzen in Beijing gerichtet worden sein, häufig mit den Fingerabdrücken betroffener Bauern „unterzeichnet“. Als neu am Verhalten der Bauern wird dabei gewertet, dass sie teilweise Geldmittel zur Organisation einer ei-

genen Interessen-„Lobby“ zusammengelegt und aus ihrer Mitte inoffizielle Vertreter bestimmt haben sollen, die beauftragt wurden, mit den lokalen Regierungsvertretern möglichst gute Entschädigungs-Pakete auszuhandeln und im Zweifelsfall Einsicht in offizielle Dokumente der zentralstaatlichen Instanzen verlangen, um ihre Ansprüche zu klären (ebd.).

Sofern diese Berichte zutreffen, lägen hier ernst zu nehmende Anzeichen einer autonomen Interessenorganisation an der ländlichen Basis vor, die die staatliche Führung mit großer Aufmerksamkeit verfolgen dürfte, da sie in der Zukunft eine Grundlage für größer angelegte soziale Proteste bilden könnte. -hol-

17 Staatliche Verfolgung der Guanyin-Sekte

Seit der Novellierung eines Gesetzes zur strafrechtlichen Verfolgung von häretischen „Kulten“ (*xiejiao*) im Oktober 1999, die insbesondere als juristische Handhabe gegen die Falungong-Bewegung vorgenommen wurde, sind mehrere Qigong-Bewegungen und christliche Gruppierungen von staatlicher Seite als „Kulte“ eingestuft und verfolgt worden (vgl. C.a., 1999/10, Ü 7, 2000/8, Ü 9). Im September wurde nun bekannt, dass auch eine religiöse Sekte aus dem buddhistischen Umfeld zum „Kult“ erklärt worden ist.

Wie das Hongkonger Information Centre for Human Rights and Democracy meldete, wurden in der Provinz Zhejiang zwei Anhänger der Guanyin-Sekte zu jeweils dreijährigen Haftstrafen verurteilt, nachdem sie für schuldig befunden worden waren, einen „Kult“ organisiert und zur Subversion der staatlichen Ordnung missbraucht zu haben. Die Beiden sind im Februar dieses Jahres verhaftet worden und haben ihre Gefängnisstrafe im August angetreten (Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democracy, 9.9.2000, nach SWB, 12.9.2000).

Die Guanyin-Sekte wurde im Jahr 1988 auf Taiwan von einer in Vietnam geborenen Chinesin begründet. Die 1952 geborene „Höchste Meisterin Ching Hai“, wie sie sich bezeichnen lässt, hatte sich bereits in jun-

gen Jahren im internationalen Roten Kreuz engagiert und Anfang der neunziger Jahre für ihre wohltätigen Aktivitäten Auszeichnungen mehrerer internationaler Organisationen erhalten. Nach ihrer kurzen Zeit als buddhistische Nonne und einschneidenden Erfahrungen in Indien und Nepal entwickelte sie einen synkretistischen Heilsweg, der sich bewusst aus allen Religionen der Welt speist (Ching Hai vergleicht ihre Qualitäten z.B. mit denen von Jesus, Shakyamuni Buddha, Krishna, Lao Tzu, Mohammed und Guru Nanak, vgl. Lebenslauf in: <http://www.chinghai.com>). Ching Hai weiht ihre Anhänger in spezifische Meditationstechniken zur inneren Kultivierung ein (sog. „Guanyin-Methode“, *Guanyin famen*) und verlangt eine strikte Einhaltung der aus dem Buddhismus übernommenen „Fünf Gelübde“ (Verbot des Tötens, Stehlens, Lügens, sexuellen Fehlverhaltens und des Konsums von Rauschmitteln) sowie eine strenge vegane Lebensführung. 1992 begann Ching Hai, ihre Lehre auch in der Volksrepublik zu verbreiten; die Zahl der dortigen Anhänger soll etwa eine halbe Million in zwanzig Provinzen betragen.

Nach den Hongkonger Angaben wurden die staatlichen Sicherheitskräfte der VR China im Jahr 1996 auf die Guanyin-Sekte aufmerksam, als in der Provinz Sichuan eine Namensliste von Anhängern der Sekte in sieben Provinzen bekannt wurde. Unter diesen sollen sich - wie auch im Fall der Falungong-Bewegung - zahlreiche Namen von Parteimitgliedern und insbesondere von hochrangigen Funktionären befunden haben. Ebenfalls parallel zum Fall von Falungong wurde die Guanyin-Sekte bereits damals verdächtigt, mithilfe einer straffen Organisationsstruktur in großer Zahl Anhänger zu werben, die dann zu „antikommunistischem“ Denken und „reaktionären“ religiösen Handlungen geführt würden. Die Sekte soll kurz nach der Falungong-Bewegung im Herbst 1999 schließlich offiziell als „Kult“ kategorisiert worden und seither Repressionen ausgesetzt sein (Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democracy, 9.9.2000, nach SWB, 12.9.2000).

Die offizielle Verfolgung der Guanyin-Sekte als „Kult“ dürfte sich im internationalen Kontext leichter recht-

fertigen lassen als die Verfolgung der Falungong-Bewegung, da, so weit bekannt ist, die Guanyin-Sekte in Taiwan selbst seit Mitte der neunziger Jahre in Misskredit geraten ist. Dazu hat zum einen ein Finanzskandal beigetragen, der sich um die Person Ching Hais rankte, sowie zum anderen die Tatsache, dass offizielle buddhistische Vertreter auf Taiwan die Guanyin-Sekte aus dem Spektrum des orthodoxen Buddhismus ausgegrenzt haben (persönliche Informationen).

Unterdessen hat die staatliche Verwaltungsbehörde für religiöse Angelegenheiten neue Richtlinien zur religiösen Betätigung von ausländischen Staatsangehörigen auf dem Territorium der VR China erlassen. Darin wird Ausländern einerseits explizit erlaubt, sich an religiösen Aktivitäten in buddhistischen Klöstern, daoistischen Tempeln, Moscheen und christlichen Kirchen zu beteiligen. Andererseits wird in den neuen Richtlinien Ausländern verboten, in China selbst religiöse Organisationen, Vertretungsbüros und sonstige Stätten für religiöse Aktivitäten zu gründen oder religiöse Unterweisung zu betreiben. Auch das Werben von Anhängern, die Verbreitung von Publikationsmaterial und sonstige missionarische Aktivitäten werden ausdrücklich untersagt (RMRB, 27.9.2000; in vollständiger englischer Wortlaut finden sich die Richtlinien abgedruckt in XNA, 27.9.2000).

Die Richtlinien dürften einen Versuch der staatlichen Führung darstellen, klarere Kriterien zum Umgang mit Ausländern im Bereich religiöser Betätigung zu etablieren, der bereits in der Vergangenheit eine sehr heikle Dimension im Kontakt mit ausländischen Staatsangehörigen darstellte. Wenn die Richtlinien auch in erster Linie dem Zweck dienen dürften, im Zweifelsfall eine restriktive Behandlung von Ausländern zu rechtfertigen, so könnten sie sich im Bereich der Ausübung „normaler“ religiöser Aktivitäten auch insofern positiv auswirken, als sie die Gegenwart von ausländischen Gästen in religiösen Einrichtungen in China auf eine legitime Grundlage stellen. -hol-

18 Rätseln um Sprengstoffexplosion in Urumqi

Am Abend des 8. September ereignete sich in Urumqi, der Hauptstadt der autonomen Region Xinjiangs, eine schwere Sprengstoffexplosion, bei der nach offiziellen Angaben 60 Personen getötet und über 170 Personen verletzt wurden. Das Ereignis war Anlass für zahlreiche Spekulationen über einen eventuellen Terrorakt, was jedoch von offizieller Seite umgehend dementiert wurde. Dennoch verweist das Ereignis auf mehrere Sensibilitäten der politischen Herrschaft in der von Muslimen dominierten Region Xinjiang.

Soweit aus chinesischen und internationalen Meldungen bekannt ist, ereignete sich die Explosion auf einer viel befahrenen Einfallstraße im Westteil der Stadt. Laut offizieller Darstellung handelte es sich um einen Unfall: Militärisches Sprengmaterial, das auf einem Lastwagen zu einer Entsorgungsstelle befördert wurde, soll sich im dichten Straßenverkehr selbst entzündet haben. Dabei seien über zwanzig weitere Fahrzeuge und einige umliegende Gebäude zum Teil erheblich beschädigt worden. Die zentrale Führung sandte sofort Spezialrettungseinheiten sowie Katastrophen- und andere Hilfsdienste aus, und hochrangige Politiker statteten der Stadt Besuche ab, um ihre Betroffenheit zu demonstrieren (China Central TV, 9.9.2000, nach SWB, 11.9.2000; XNA, 9., 10., 11., 13.9.2000).

Mehrere Kommentatoren vermuteten, dass es sich bei der Explosion um einen Anschlag muslimischer Separatisten handeln könnte; in Hongkong wurde etwa eine nicht bestätigte Version verbreitet, wonach der Fahrer eines öffentlichen Busses als Selbstmordattentäter gehandelt habe, indem er den Unfall mit dem Militärfahrzeug provoziert und auf diese Weise mitgeführten Sprengstoff zur Explosion gebracht habe (*Dongxiang*, 2000/9, S.9/10). Auch die internationale Presse formulierte Verdachtsmomente, wonach separatistische Kräfte hinter dem Ereignis vermutet werden könnten. Besonderen Nährstoff erhielten diese Spekulationen durch die Nachricht, dass Ministerpräsident Zhu Rongji, der am 9. September mit ausländischen Gästen zu einem Treffen in Urumqi ver-

abredet war, mit großer Wahrscheinlichkeit bereits am Vorabend in der Stadt verweilte; der vermutete Anschlag hätte damit Zhu Rongji persönlich gegolten haben können, der bereits in der Vergangenheit Attentatsdrohungen muslimischer Separatisten erhalten haben soll. Die Gespräche befassten sich angeblich mit Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Erschließung Xinjiangs, insbesondere auch zur Förderung der reichhaltigen Erdölvorkommen - Themen, die politischen Widerstand aus der Region grundsätzlich durchaus nahe legen (IHT, 11., 13.9.2000; FT, 11.9.2000; NZZ, 11.9.2000; FAZ, 11.9.2000).

Allerdings ist auch zu sehen, dass generell nichts gegen die offizielle Version eines Unfalls beim Transport militärischen Gefahrguts spricht. Angesichts des allgemein bekannten schlechten Zustands des Straßennetzes in China und der zu großen Teilen maroden militärischen Ausrüstungen erscheint ein Unfall der berichteten Größenordnung als durchaus wahrscheinlich. Sollte diese Version daher tatsächlich zutreffen, bürge sie aber aus anderen Gründen politischen Sprengstoff. Denn dann wäre das eigentlich unantastbare Militär, das in der Region überproportional stark vertreten ist, für die Katastrophe verantwortlich zu machen. -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

19 Umstrukturierung regionaler Forschungsinstitute

In China gibt es über 4.000 Forschungsorgane auf lokaler Ebene, die mit naturwissenschaftlich-technischer Forschung befasst sind. Wie diejenigen Institute, die Organen der Zentralregierung unterstehen (vgl. dazu C.a., 00/8, Ü 16), sollen auch die örtlichen Regierungsstellen zugeordneten Institute umstrukturiert werden. Gut die Hälfte dieser Institute arbeitet anwendungsbezogen. Der größte Teil von ihnen soll bis Ende dieses Jahres in Betriebe umgewandelt werden, Gewinne erwirtschaften und sich somit selbst finanzieren. Die mehr theore-

tische Forschung betreibenden Institute sollen im nächsten Jahr folgen. Auch sie sollen sich dann selbst finanzieren, und zwar dadurch, dass sie ihre Forschungsergebnisse der Gesellschaft gegen Entgelt zur Verfügung stellen. (Vgl. RMRB, 22.9.00, S.5; s.a. XNA, 23.9.00) Ein wichtiger Grund für die Privatisierung der bisher ausschließlich aus öffentlichen Geldern finanzierten Institute liegt darin, dass der allgemeine Nutzen ihrer Forschung relativ gering anzusetzen war. Wie ein Vertreter des Wissenschaftsministeriums kürzlich erklärte, seien nur etwa 20 Prozent der Forschungsinstitute in der Lage, Innovationen vorzuweisen, die Mehrzahl der Institute sei mit normaler technischer Entwicklung, Popularisierung und Dienstleistungen befasst (XNA, 10.9.00). Von der Einführung von Wettbewerbsmechanismen und der Kommerzialisierung der Forschungsergebnisse erhofft man sich, dass die Forschung an diesen Instituten innovativer wird. -st-

20 Schwerpunkte der Hightech-Forschung

Das Ministerium für Wissenschaft und Technologie hat elf Bereiche der Hightech-Forschung ausgewählt, die vom Staat besonders unterstützt werden sollen, um die Entwicklung der Hightech-Industrie zu fördern. Die Liste enthält die folgenden Gebiete:

1. Elektronik und Informationstechnologie
2. Biotechnologie und pharmazeutische Industrie
3. Neue Materialien
4. Fortgeschrittene Fertigungstechnologie
5. Raumfahrttechnologie
6. Moderne Agrartechnologie
7. Neue Energien und effektive Technologien zum Energiesparen
8. Umweltschutztechnologie
9. Meerestechnologie
10. Anwendung von Nukleartechnologie
11. Neue Technologien zur Anhebung traditioneller Unternehmen

Die großen Hightech-Unternehmen wurden vom Ministerium angewiesen, mindestens in einem der elf Bereiche Produkte zu entwickeln und herzustellen und dafür mindestens